

Kampf um die Unabhängigkeit der Völker Asiens und Afrikas, der Zusammenbruch der imperialistischen bewaffneten Intervention im Nahen Osten, alles das bestätigt überzeugender als je zuvor die Aussichtslosigkeit der „Politik der Stärke“. Infolgedessen zeigen sich in der öffentlichen Meinung westlicher Länder und selbst in Schichten der Bourgeoisie Elemente einer Krise der politischen Grundauffassung der führenden Kreise der USA und des Atlantikpaktes, die sich in der „Politik der Stärke“, des Rüstungswettlaufes, der Unterstützung der aggressivsten, reaktionärsten und abenteuerlichsten Kräfte in Europa, Asien und Lateinamerika ausdrückt.

Die Friedenspolitik der sozialistischen Staaten, die im Wesen des Sozialismus selbst begründet ist, findet dagegen immer stärkeren Widerhall und zunehmendes Verständnis. Für Entspannung, Abrüstung und friedliche Koexistenz sprechen sich immer breitere politische und gesellschaftliche Kreise der Völker aller Kontinente aus.

Die Aktivierung verschiedener Kräfte, die für Entspannung und Frieden eintreten, beweist, daß trotz unterschiedlicher Weltanschauung die Möglichkeit besteht, in der Sache des Friedens, der Schlüsselfrage für das Schicksal der Menschheit, eine gemeinsame Sprache zu finden.

Diese grundsätzlich für den Frieden günstige Entwicklung führte bisher jedoch noch nicht zu einer Änderung der Grundhaltung der aggressivsten imperialistischen Kreise. Da sie den Zusammenbruch ihrer Politik fürchten, widersetzen sie sich mit um so größerer Hartnäckigkeit allen Bestrebungen nach einer Entspannung.

Beide Seiten stellen fest, daß die Entwicklung der Lage in Europa Hauptgegenstand ihrer Sorge ist und die Aufmerksamkeit aller europäischen Völker erfordert.

Seit der Begegnung beider Seiten im Juni 1957 sind einige neue, den Frieden gefährdende Tatsachen zu verzeichnen. Die Vorschläge der Sowjetunion, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen und anderer sozialistischer Staaten für die Sicherung des Friedens in Europa wurden abgelehnt, wobei die Westmächte bis jetzt keine konstruktiven Vorschläge unterbreitet haben. Sie verfolgen nach wie vor das Ziel, ganz Deutschland dem Atlantikpakt zu unterwerfen, was sich nicht mit der Sicherheit der anderen Völker vereinbaren läßt. Die Politik der beschleunigten Aufrüstung Westdeutschlands stärkt die dortigen revanchistischen und militaristischen Kräfte. Diese Politik führte zur Ablehnung des polnischen Planes einer atomwaffenfreien Zone in Mit-